

Statement
„Fisch und Mehr!“
der Europaabgeordneten
Ulrike Rodust

Beim Treffen der Cuxhavener Fischereiwirtschaft
23. April 2010, Cuxhaven

Anrede

Herzlichen Dank für die Einladung. Das Thema "Fisch und mehr" ist gut gewählt. Und wo kann man es besser diskutieren, als hier in dem wunderschönen Cuxhaven. Ich bin gern gekommen, um mit Ihnen über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik zu sprechen, die wir in der Europäischen Union 2013 verabschieden wollen.

Die Kommission hat dazu bereits ein Grünbuch mit ersten Ideen für eine Reform vorgelegt, das wir europaweit auf breiter Basis diskutieren.

Und sie möchte ich gern in diese Debatte mit einbinden und um ihre Meinung bitten.

Klar ist: die Gemeinsame europäische Fischereipolitik ist reformbedürftig!

Man kann sagen, bereits seit Jahren, beinahe seit Jahrzehnten kämpft die Fischerei in ganz Europa mit wirtschaftlichen Problemen.

Gleichzeitig sind zahlreiche Bestände überfischt, laut WWF 88 Prozent!

Ohne nennenswerten Erfolg versuchte die EU bisher, mit ihrer Gemeinsamen Fischereipolitik Überfischung zu vermeiden und die Fischerei am Leben zu erhalten. Heute müssen wir feststellen: Die Reformen der Vergangenheit sind gescheitert. Umso dringender ist die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik.

Bereits Anfang nächsten Jahres erwarten wir von der EU-Kommission konkrete Gesetzesvorschläge zur Reform der GFP.

Deshalb ist es wichtig, sich jetzt und heute einzumischen, Vorschläge zu unterbreiten und Lösungen zu erarbeiten, die ich als Parlamentarierin einbringen kann.

Wichtig ist: durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon am 1. Dezember 2009 wird das Europäische Parlament über die Reform gleichberechtigt mitentscheiden dürfen!

Dabei haben wir Sozialdemokraten eine klare Vorstellung von einer erfolgreichen Reform:

Wir wollen:

- wirksame Maßnahmen gegen Überfischung;
- die deutliche Reduzierung von Beifängen, sowie
- den Abbau der in vielen Mitgliedsstaaten noch vorhandenen Überkapazitäten und
- einen differenzierter Ansatz für die kleine Küstenfischerei
- die Förderung eines wettbewerbsfähigen, stabilen, nachhaltigen Aquakultursektors sowie
- die Förderung einer EU-weiten ganzheitlichen und umweltfreundlichen Meerespolitik für ein ausgeglichenes Ökosystem und saubere Gewässer und
- die Förderung der Forschung über die Meeresökosysteme, sowie

- moderne selektive Fanggeräte müssen gezielter finanziell gefördert werden. Dies gilt auch für die Forschung über solche Fanggeräte, immer unter der Prämisse, dass der Beifang vermieden werden muss.
- Wir fordern eine Dezentralisierung und Regionalisierung, jedoch keine Renationalisierung der Fischereipolitik und
- im Zuge dessen: mehr Flexibilität, nicht alles muss in Brüssel entschieden werden.
- Ein wichtiger Bestandteil der GFP ist die Vermarktung: Die Stärkung der Marktposition für hochqualitativen Fisch regionaler Herkunft ist uns ein besonderes Anliegen
- Außerdem brauchen wir dringend Kriterien für faire Fischereipartnerschaftsabkommen mit Drittländern. Dabei gilt es ein besonderes Augenmerk auf die Beachtung der Entwicklungsziele und der Menschenrechte zu legen.

Als Sozialdemokratin stehen bei mir naturgemäß einige Grundwerte politischen Handelns im Vordergrund und danach möchte ich die künftige europäische Fischereipolitik ausrichten.

Es sind die Grundwerte zwischen dem Erhalt des Wettbewerbes im Fischereibereich und dem ökologischen Gedanken.

Als Fragen formuliert lauten sie folgendermaßen:

- Wie gehen wir angesichts der Knappheit der Meeresressourcen mit Überkapazitäten der Flotten um?
- Wie ist hier die Situation unserer Fischer zu bewerten?
- Wie steht es um Überkapazitäten in der Krabben- und Küstenfischerei? Doch damit nicht genug!
- Wie wollen wir mit der Situation umgehen, dass die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei eine der größten Bedrohungen für die nachhaltige Bewirtschaftung ist? Sie gefährdet die Grundlage der Gemeinsamen Fischereipolitik und die internationalen Anstrengungen für einen verantwortungsbewussten Umgang mit den Weltmeeren.
Welche Instrumente müssen entwickelt werden, um politisch dagegenzuwirken?
- Wie erreichen wir es, Fischerei- und Entwicklungshilfepolitik besser zu koordinieren? Berücksichtigen die Fischereiabkommen mit Drittstaaten alle nötigen Fragen von Ökonomie, Ökologie, Menschenrechten und Entwicklungshilfe?
Reicht es aus, wenn wir hier mehr materielle, personelle, technische und finanzielle Mittel einsetzen?
- Wenn wir diese Fragen beantwortet haben, werden wir noch immer nicht die Hände in den Schoß legen können. Damit haben wir das Problem noch nicht gelöst. Wir sollten auch fragen:
- Wie positionieren wir uns zur Aquakultur?
Ist sie Teil einer Lösung des Konflikts zwischen der großen Nachfrage nach Meeresfrüchten einerseits und der Überfischung andererseits? In welchem Maße sind wir bereit, uns an Investitionen in Technologie und Forschung dieses Hochtechnologiesektors zu beteiligen?
Welche Regelinstanzen im Bereich der Flächenplanung brauchen die Mitgliedstaaten, um auf transparente Weise festzulegen, in welchen Gebieten sich Aquakulturbetriebe ansiedeln dürfen, damit Interessenkonflikte etwa mit Tourismus, Landwirtschaft und Küstenfischerei vermieden werden? Oder: Ist unser Tierschutzgesetz ausreichend, um sicherzustellen, dass der Aquakultursektor den organischen und physiologischen Besonderheiten der verschiedenen Fischarten gerecht wird?

Seit vielen Jahren weist die EU darauf hin, dass die Vorschriften der jetzigen GFP nicht ausreichend beachtet werden, obwohl die Mitgliedstaaten immer wieder aufgefordert werden, die Kontrollen zu verbessern.

Wir müssen diskutieren, ob die Kontrolle bei den Nationalstaaten verbleiben soll oder die EU-Inspektoren finanziell besser ausgestattet werden müssen. Dafür müssen die Kriterien und

Sanktionen harmonisiert werden. Reicht es aus, die Inspektionsergebnisse transparenter zu machen?

Die Europäische Kommission hat in ihrem Grünbuch viele dieser Fragen angesprochen. In den letzten Monaten hatten die Interessensvertreter und das Europäische Parlament Zeit, sich zum Grünbuch zu äußern. Wir sind also mitten in der Debatte und brauchen ihre Ideen und Vorschläge.

Noch in diesem Monat soll eine Zusammenfassung dieser Konsultationsphase von der Kommission vorgelegt werden.

Grundsätzlich weist das Grünbuch in die richtige Richtung; aber es ist in einigen Fragen nicht ohne Brisanz: So stellt die Kommission zur Diskussion, ob die relative Stabilität aufgegeben und ein europaweites System frei handelbarer Fischereiquoten eingeführt werden soll.

Es ist kein Geheimnis: beides ist nicht im Interesse Deutschlands. Hierzu muss man festhalten, dass die Kommission im Grünbuch diese Fragen zwar anspricht, sich aber noch nicht auf eine der möglichen Reformoptionen festlegt.

Die neue Fischereikommissarin Maria Damanaki hat nun allerdings angekündigt, im Mai einen Dialog mit dem Europäischen Parlament über das Thema "Frei handelbare Quoten" führen zu wollen. Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass die Kommission schlussendlich etwas in diese Richtung vorschlagen wird.

Wir Sozialdemokraten sind skeptisch, ob so ein System gerade unter sozialen Gesichtspunkten - Stichwort Marktkonzentration - sinnvoll ist. Es kommt aber natürlich auf die konkrete Ausgestaltung an.

Auf Sie ist nun eine Fülle von Fragen herunter geprasselt.
Ich danke Ihnen fürs Zuhören und ich möchte Sie erneut ermutigen, in den Diskurs mit mir zu treten.

Wir brauchen die Ideen und Hinweise derjenigen, die tagtäglich hautnah mit der Fischerei zu tun haben.

Vielen Dank!